

# Zur Abwicklung der DDR-Geschichtswissenschaft

## Ein Sieg ist kein Beweis der Wahrheit, eine Niederlage nicht deren Widerlegung

**P**rüfet alles, das Gute behaltet“, lautet die Mahnung, die Paulus in seinem zweiten Brief an die Thessalonicher (4.21) richtete. Die Krieger und Sieger im Ringen für das christliche Abendland hätten 1989/90 gelegentlich in die Bibel schauen sollen. Sie haben es leider nicht getan und statt dessen in der DDR jenen Rückfall in die Vergangenheit durchgesetzt, dessen Verlauf und Resultate Werner Röhr in seinem Buch „Abwicklung. Das Ende der Geschichtswissenschaft in der DDR“ akribisch untersucht.

Der Autor ist sich des Respekts und des Dankes all derer sicher, die wie er verhindern wollen, daß ihr Schaffen und ihre Lebensleistung im Orkus des Vergessens verschwinden.

Seit mehr als zwanzig Jahren mühen sich die Sieger dieser Runde der europäischen Geschichte mit enormem personellem und finanziellem Aufwand, die DDR nach „allen Regeln der Kunst“ wegzuretuschieren. Die Ergebnisse der DDR-Geschichtswissenschaft zu verschweigen und zu verfälschen, gehört zu dieser offiziellen Politik. Dem ist Werner Röhr couragiert und mit Akribie entgegengetreten. Überdies rückt er den Verlauf und die Ergebnisse ihrer Abwicklung sowie deren Drahtzieher ins grelle Licht des Tages.

Röhrs Buch entstand unter erschwerten Bedingungen, weil die Abwickler bemüht waren, ihre Spuren zu verwischen. Manche von ihnen wollen heute sogar wie weiland Pontius Pilatus ihre Hände in Unschuld waschen. Röhr erwähnt namentlich 87 Historiker, die ihm Bausteine zur Gestaltung scharfer Konturen seines Bildes von der Abwicklung der DDR-Geschichtswissenschaft geliefert haben. Welche Arbeitsleistung verbirgt sich allein dahinter!

Das erste so umfassende Werk zu dieser Thematik ist straff gegliedert, wobei die Kapitelüberschriften die Sucharbeit des Lesers erleichtern.

Der Autor stellt einleitend den komplizierten Prozeß der Herausbildung einer eigenständigen DDR-Geschichtswissenschaft dar. Er würdigt die Pionierrolle solcher marxistischen Gelehrten wie Walter Markov, Ernst Engelberg, Alfred Meusel, Leo Stern und Jürgen Kuczynski, aber auch den Anteil bürgerlichen Historiker, welche die antifaschistisch-demokratische Geschichtswissenschaft begründen halfen.

Die ursprünglichen Wegbereiter waren die Lehrer und Vorbilder jener Generation, die bereits von zusammenhängenden Positionen des historischen Materialismus ausgehen konnte. Sie schufen Arbeiten, von denen Röhr mit Recht sagt, daß es für die



Letzte Reste des abgerissenen Palasts der Republik am Berliner Spreeufer

Arbeiterbewegung lebenswichtig sei, „ihre eigenen geschichtlichen Erfahrungen zu artikulieren und festzuhalten“.

Im ersten Kapitel behandelt der Autor „Historische Institute und ihre Forschungsfelder“, von der Akademie der Wissenschaften der DDR über die militärgeschichtlichen Einrichtungen bis zu den Geschichtssektionen an den Pädagogischen Hochschulen. Die Vielfalt der Forschungsgebiete und die von den Historikern vollbrachten Leistungen sind beeindruckend. Röhr analysiert im Kapitel 2 den politischen Anspruch der SED an die Geschichtswissenschaft. Die Analyse ist von aktueller Bedeutung, weil heute Pseudolinke die Tatsachen verdrehen und den Historikern der DDR anzulasten bemüht sind, sie seien doch bloß „Erfüllungsgehilfen“ der SED gewesen. In diesem Zusammenhang untersucht Röhr auch die Einflüsse und Wirkungen des sogenannten Stalinismus. Er listet die Negative durchaus auf, gelangt dann aber zu dem Urteil: „Diese Sünden an und in den historischen Wissenschaften waren weder im einzelnen noch in ihrer Summierung ein originäres Produkt des ‚Stalinismus‘ und auch nicht dessen Monopol.“ Und er fügt hinzu: „Die von Hermann Weber (einem führenden ‚DDR-Forscher‘ und Renegaten, H. S.) vorgetragene These, daß sich die Geschichtswissenschaft durch die „umfassende Instrumentalisierung für die Politik

der SED“ selbst disqualifiziert habe, ist schlichtweg falsch.“

Im Kapitel 3 „Historiker in der Krise“ geht es Röhr um in den Jahren 1989/90 unternommene Bemühungen, an geschichtswissenschaftlichen Institu-

ten die demokratische Selbstbestimmung durchzusetzen, nicht zuletzt auch, um der Unterwerfung unter bundesdeutsche Ostlandritter Widerstand zu leisten. Aus der Alt-BRD „eingeflogene“ Berater der im Aufbau befindlichen Landesregierungen und Vertreter bundesdeutscher Historikerverbände verhinderten damals rigoros jegliche Weiterentwicklung der Geschichtswissenschaft der DDR aus eigenen Kräften. Die „Kollegen“ von jenseits der Elbe propagierten zwar offiziell „Wissenschaftspluralismus“, verfolgten in der Praxis aber einen skrupellosen Alleinvertretungsanspruch. In dieser Phase gab es auch gewisse DDR-Histo-

riker, die aus unterschiedlichen Beweggründen zu den Siegern überliefen. Röhr nennt Peter Hübner, Rainer Eckert und Jürgen John. Doch zeigte sich: „Die Verneinung vor Geßlerhüten ist ein öffentliches Ritual, bei dem Bedingungen und Vorbehalte nicht geduldet werden und Kritik ausgeschlossen bleibt.“

Im Kapitel 4 erfährt der Leser einiges darüber, wie sich namhafte bundesdeutsche Historiker im „Wendejahr“ 1989/90 gegenüber ihren „Zunftgenossen“ in der DDR verhielten.

Zunächst rekapituliert Röhr die Beziehungen zwischen den Historikern aus der DDR und der BRD – vom durch die BRD-Seite provozierten Abbruch der Beziehungen in Trier 1957 bis zur „historischen Begegnung“ im März 1987, als sich Vertreter beider Seiten gleichberechtigt in Bonn trafen. Präsident des „Verbandes der Historiker Deutschlands“ (VHD) war zur „Wendezeit“ Prof. Dr. Wolfgang Mommsen, dessen Urgroßvater 1902 als Historiker den Nobelpreis erhalten hatte. Er erwies sich als ein treuer Gefolgsmann des „Einheitskanzlers“ Helmut Kohl. Im Sog der damaligen Bonner Politik spielte sich der VHD-Vorstand als Alleinvertreter in Sachen deutsche Geschichtsschreibung auf. Sein Ziel war die rasche und systematische Ausschaltung der DDR-Historiker aller Disziplinen. Der Gründe dafür gab es viele: Ein fairer Wettstreit mit den Ostkollegen

schien zu riskant. Zu oft hatte sich die marxistische Geschichtswissenschaft als überlegen erwiesen. Zugleich lockten im Osten neue Pfründe auch für Drittklassige. Auf internationalem Feld hatten die DDR-Historiker beachtliche Positionen zu erringen vermocht. An der Spitze des infamen Feldzugs gegen DDR-„Kollegen“ stand Prof. Mommsen, aus dessen Erklärungen und Briefen Röhr überzeugend ableitet, daß der Vorsitzende des VHD ein übler Heuchler und Doppelzüngler war. Der Platz reicht nicht aus, um hier Beispiele für das schändliche Verhalten bundesdeutscher Historiker gegenüber ihren „Brüdern“ im Osten zu referieren.

Wie in anderen Bereichen der „Aufarbeitung“ standen auch Historikern für ihre Verleumdungskampagne die Medien der Bourgeoisie zur Verfügung. Hatte Kinkel die (unabhängigen?) Richter kraft seines Amtes als Justizminister dazu aufgefordert, die DDR mit den Mitteln des „Rechts“ zu diskreditieren, taten das Historiker unter Berufung auf die „geschichtliche Wahrheit“. Am 8. Mai 1990 gab der katholische Theologe Kluetig in der FAZ den Auftakt zum Kreuzzug gegen die DDR-Geschichtswissenschaft. Ihm folgten Hermann Weber und Christian Maier.

War 1980 auf dem Weltkongreß der Historischen Wissenschaften von dessen damaligem Präsidenten Karl Erdmann (BRD) die „Ökumene der Historiker“ gefeiert worden, so forderte Wolfgang Mommsen auf dem Historikertag in Bochum Ende September 1990 nun die bedingungslose Kapitulation der DDR-Historiker. Auch diesmal lautete der stärkste Vorwurf, die DDR-Geschichtswissenschaft habe die „Legitimierung des SED-Regimes“ betrieben.

Röhr setzt sich mit der wahrheitswidrigen Behauptung von der angeblichen Unterwürfigkeit der DDR-Historiker überzeugend auseinander. Mit seinen Erklärungen spielte sich der VHD zum Ankläger und Richter auf, damit die „Köpfe von Historikern aus der DDR rollen“ konnten. Am Beispiel des Wirkens von Jürgen Kocka und Thomas Nipperdey wird nachgewiesen, mit welchen niederträchtigen Methoden die Abwicklung der DDR-Geschichtswissenschaft vollzogen wurde. Diese Schmach und diese Schande bleiben unvergessen. Im Kapitel 5 analysiert Werner Röhr die „Evaluierung, Auflösung und Abwicklung“. Hier geht es um die Ziele, Phasen und Ergebnisse des bereits kurz skizzierten „Säuberungsprozesses“.

Die besondere Infamie besteht darin, daß schon die „DDR“-Regierung des Kohl-Strohmannes Lothar de Maizière mit Artikel 38 des „Einigungsvertrages“ jene Weichen gestellt hatte, welche die DDR-Wissenschaftsinstitute auf das Abstellgleis lenkten. Den Vollzug übernahmen dann bundesdeutsche Wissenschaftler – für die Historiker Professor Dr. Kocka – mit dem Mittel der „Evaluierung“, die sich als Farce erwies. Bundesdeutsche Gutachter kannten in der Regel nicht einmal die Publikationen der DDR-„Kollegen“, über deren Schicksal sie entscheiden sollten,

noch weniger die „Evaluierungspapiere“. Röhr nennt die Vorgänge zu Recht makaber. Hier kann aus Platzgründen nicht detailliert auf das Schicksal von DDR-Instituten und Forschern eingegangen werden. Vermerkt sei nur, daß es lediglich zwei DDR-Historiker gab – Fritz Klein und Wolfgang Küttler –, welche die Abwicklung als „fair“ bezeichneten. Man kennt die Warnung Erich Kästners: „Nie dürft ihr so weit sinken, den Kakao, durch den man euch zieht, auch noch zu trinken.“ Kapitel 5 des Röhr-Buches dürfte für Opfer der Abwicklung besonders aufschlußreich sein, denn sie erleben hier ihre eigenen „sanften und unsanften Tode“ noch einmal – ob es die Spezialisten für die Geschichte der Arbeiterbewegung oder die Militärhistoriker sind. Die Ergebnisse sprechen für sich: Aus der „Erhaltung leistungsfähiger Einrichtungen“ wie sie Artikel 38 des „Einigungsvertrages“ noch versprochen hatte, wurden Trümmerlandschaften ohne Ende.

Röhrs Nachwort trägt die Überschrift „Normalisierte Legitimationswissenschaft“. Der Autor wirft einen Blick auf die Abläufe der letzten zwanzig Jahre. Am Anfang stand Mommsens Forderung auf dem 39. Historikertag in Hannover (September 1992), „die geistige Einheit der Deutschen wiederherzustellen“. Daß es die „geistige Einheit“ der Krupps mit den Krauses nie gegeben hat, war diesem Manne völlig fremd. Hatte er beim Wörtchen „wieder ...“ etwa die Nazizeit im Sinn? Seit 1990 gibt es mannigfaltige Umdeutungen und Verfälschungen durch ein Heer hochdotierter Historiker und Politologen. Röhr stellt dazu fest: „Inzwischen ist die Beschäftigung mit der DDR und ihrer Geschichtswissenschaft fest institutionalisiert und ein lukrativer, karriereträchtiger Zweig der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft geworden.“ Leute wie Konrad Jarausch und Martin Sabrow führen das große Wort, um DDR-Historiker als Exoten und Fremdkörper vorzuführen. Der Stachel erfolgreicher und weiterwirkender Konkurrenz scheint tief bei ihnen zu sitzen.

Röhr geht im Nachwort auf wichtige Felder des heutigen Geschichtsrevisionismus ein. Er listet die Hauptgebiete aktueller Fälschungen auf. Das ist verdienstvoll. Leider bleiben dabei die Totalitarismuskonzepte und deren Mißbrauch bei der Gleichsetzung von DDR und Naziregime unterbelichtet, beschäftigen sich doch regierungsnahen Institute unablässig mit dem „Diktaturenvergleich“ und der Lieferung von Munition für entsprechende Medienkampagnen.

Abschließend vergleicht Röhr das Verhalten der BRD gegenüber faschistischen Historikern 1945 mit der Abwicklung von DDR-Historikern nach 1990. Damals wurde kein einziges Institut aufgelöst. Die Gründe dafür lagen auf der Hand: Man brauchte die „bewährten“ Nazi-Historiker. Ihre Aufgaben änderten sich kaum. Die personelle und inhaltliche „Kontinuität“ war nahezu perfekt.

1990 sahen die Dinge völlig anders aus. Marxistische Historiker hätten ein „Störfaktor“ werden können. Selbst Wendehälse unter ihnen wurden bisweilen nur für kurze Zeit weiterbeschäftigt. Hatte man sie hinreichend ausgelutscht, dann hieß es: „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan ...“

Röhrs Arbeit ist für Linke ein geradezu unentbehrliches Lehrbuch in der ideologischen Auseinandersetzung. Sie ist eine Ermutigung, den Kampf klüger als zuvor fortzusetzen und noch zu verstärken. Mag uns dabei eine Rede Richard von Weizsäckers vom 10. November 1987 als Wegweiser dienen: „Für den Sieger in einem demokratischen Kampf ist die Einsicht maßgeblich, daß mit seinem Sieg nicht seine Wahrheit besiegt wird ... Dem muß die Einsicht des Verlierers entsprechen, daß nicht seine Wahrheit widerlegt ist ... Er behält die Chance, für seine Wahrheit aufs neue zu kämpfen.“

Gehen wir ans Werk!

**Prof. Dr. Horst Schneider**

*Werner Röhr: Abwicklung. Das Ende der Geschichtswissenschaft der DDR, Bd. 1. Analyse einer Zerstörung, Edition Organon 2011, 504 S., 30,90 €*

*Inzwischen ist im gleichen Verlag der Bd. 2 (Analyse ausgewählter Forschungen. Übersichten – Register), 636 S., 34 €, erschienen.*

Am 25. Oktober begeht

## **Prof. em. Dr. sc. Horst Schneider**

seinen 85. Geburtstag. Ein profunder Kenner der Historie und solider Analytiker heutigen Geschehens, hat der Dresdener Gelehrte den „RotFuchs“ schon früh durch seine imposanten Beiträge zu einer breiten Themenpalette maßgeblich mitgeprägt. Seine ebenso geschliffene wie allgemeinverständliche Sprache macht Artikel Horst Schneiders zu einem Lesevergnügen. Zu Zeiten der DDR erwarb sich unser meistgedruckter Autor wohlverdiente Meriten: als Lehrer im Schuldienst und als eine ganze Studentengeneration miterziehender Wissenschaftler an der Pädagogischen Hochschule Dresden. Zugleich bewährte er sich als Kenner des Völkerrechts und der internationalen Beziehungen im profilgebenden Gestalterkreis der DDR-Liga für die Vereinten Nationen.

Nach der Konterrevolution setzte Horst Schneider seinen Kampf für humanistische Ziele unbeirrt fort. Im Unterschied zu Weichgekochten, Einknickten oder Übergelaufenen seiner Zunft stellte er den Kragen hoch und blieb als standhafter Marxist an Bord. Das große Kollektiv des RF übermittelt Dir, lieber Horst, von Herzen kommenden Glückwünsche!

# Der erste DDR-Botschafter in Indien

## Herbert Fischer war ein Mitstreiter Mahatma Gandhis und Jawaharlal Nehrus

Vor 40 Jahren – am 8. Oktober 1972 – nahm die Republik Indien volle diplomatische Beziehungen zur DDR auf. Dies scheint mir ein willkommener Anlaß zu sein, an das verdienstvolle Wirken des DDR-Diplomaten Herbert Fischer zu erinnern, der zu den engen Mitstreitern der Führer des antikolonialen Befreiungskampfes von heute weit mehr als einer Milliarde Indern gezählt hat.

Am 8. Oktober 1972, unmittelbar nach dem 23. Jahrestag der Gründung des sozialistischen deutschen Staates, trat der Beschluß des indischen Ministerrates in Kraft, die DDR politisch und diplomatisch anzuerkennen. Dieser Schritt wurde von der durch Ministerpräsidentin Indira Gandhi geführten Regierung vollzogen, wobei sich Außenminister Swaran Singh besonders engagierte.

Aus ihm ergab sich zweierlei: Erstens erlangten die seit 1953 bestehenden freundschaftlichen Kontakte zwischen beiden Staaten, die sich bis Anfang der 70er Jahre auf den Gebieten der Politik, der Wirtschaft, des Handels, der Wissenschaft und Technik sowie der Kultur und des Sports zu einem ganzen Beziehungsgeflecht entwickelt hatten, eine neue Qualität. Sie wurden auf ein festes, völkerrechtlich verbindliches Fundament gestellt und konnten sich unter Bedingungen der Gleichberechtigung und Souveränität weiter festigen. Zweitens erlangten die in Berlin und Neu Delhi bereits bestehenden staatlichen Vertretungen beider Länder einen höheren Status. An ihrer Spitze standen nun Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter – also Diplomaten des höchsten Ranges.

Herbert Fischer, der seit 1965 die DDR-Handelsvertretung in Neu Delhi geleitet hatte, schildert in seinem Buch „DDR – Indien. Ein Diplomat berichtet“, das 1984 im Staatsverlag erschien, die vielschichtige Bedeutung der politischen Anerkennung der DDR durch Indien. Er selbst hatte zuvor wiederholt erlebt, daß sich hochgestellte Politiker seines Gastlandes zwar dafür aussprachen, diesen längst überfälligen Schritt zu vollziehen, zugleich aber um Geduld baten, weil die BRD und andere westliche Mächte auf Indien massiven Druck ausübten und mit ökonomischen Gegenmaßnahmen drohten. Der junge Nationalstaat sah sich in Anbetracht seiner schwierigen wirtschaftlichen Lage zu vorsichtigem Agieren genötigt. Nur wenige indische Politiker unterstützten damals aufgrund ihrer extrem antikommunistischen Einstellung offen die imperialistischen Positionen.

Während ganz Indien wie andere Regionen der Welt ab 1969 von einer Welle des Verlangens nach Anerkennung der DDR erfaßt

wurde, konnten sich in der Regierung auch diesmal noch jene Politiker durchsetzen, die ein weiteres Hinauszögern des Termins aus unterschiedlichen Gründen für richtig hielten.



Nehru und Gandhi

Turbulent wurde die Entwicklung der Ereignisse dann aber in den folgenden Jahren. Im Juni 1971 war Außenminister



Herbert Fischer überreicht Indira Gandhi ein Geschenk des DDR-Ministerpräsidenten.

Swaran Singh von Indira Gandhi mit einer persönlichen Botschaft in die DDR entsandt worden, um dort den Standpunkt der indischen Regierung zur dramatischen Lage in Ostpakistan (Bangladesh) darzulegen. Indien hatte die Hauptlasten sowohl bei der Versorgung von Millionen pakistanischer Flüchtlinge als auch bei der Unterstützung des Befreiungskampfes der Bevölkerung von Bangladesh zu tragen. Als Sonderbotschafter wurde Swaran Singh mit allen Ehren empfangen. Die Regierung der DDR versicherte Neu Delhi ihrer Solidarität. Sie unterbreitete Indien den Vorschlag, alsbald eine Volkskammerdelegation nach Kalkutta, der Hauptstadt des indischen Unionsstaates Westbengalen, zu entsenden, in deren Nähe sich die Flüchtlingslager der Pakistanis befanden.

Im Herbst 1971 wurde der Gedanke in die Tat umgesetzt. Man übertrug mir die Leitung der Delegation. Es war bereits meine dritte Indien-Reise. Mich begleiteten die beiden anderen Volkskammerabgeordneten Liesbeth Windisch, Oberbürgermeisterin von Zwickau (DFD-Fraktion) und Medizinalrat Dr. Günter Wiedemann (LDPD), Vorsitzender des Ausschusses für Gesundheitswesen. Zu dritt besuchten wir mehrere Flüchtlingslager und berichteten dort über Hilfsmaßnahmen der DDR und Initiativen ihrer Bevölkerung. Zugleich berieten wir mit unseren Partnern über die Möglichkeit von Beziehungen zwischen dem künftigen Staat Bangladesh und der DDR. Tatsächlich war die DDR nach Indien und Bhutan dann der dritte Staat, der die Volksrepublik Bangladesh völkerrechtlich anerkannte.

Das Jahr 1972 begann für Herbert Fischer – „unseren Mann“ in Neu Delhi – mit einem Paukenschlag. Er erbat einen Gedankenaustausch mit Minister Swaran Singh, der sehr freimütig verlief. Dabei brachte Genosse Fischer sein Unverständnis über die Haltung der indischen Regierung zur politischen Anerkennung und der Herstellung voller diplomatischer Beziehungen zum Ausdruck. Er bewertete das Gespräch mit Singh folgendermaßen: „In einer für solche Begegnungen gänzlich unüblichen Art geriet ich in starke Erregung und klagte über das ständige Hinhalten. Ich wisse gar nicht mehr, was ich meiner Regierung zur Erklärung sagen sollte, ja, ich bezweifle auch, ob ich in meiner schon siebenjährigen Amtsperiode als Leiter der Vertretung der DDR noch die Herstellung diplomatischer Beziehungen erleben werde. Außenminister Swaran Singh war offensichtlich etwas erschrocken. Er versuchte, mich zu beruhigen. Ich sollte nur Geduld haben, man behandle mich doch praktisch wie einen Botschafter, und der Zeitpunkt für die von mir so sehr ersehnte Entscheidung werde kommen. Das war ein bißchen Balsam, aber ‚Die Botschaft hör‘ ich wohl, allein es fehlt der Glaube‘, zumindest an eine baldige Entscheidung, zu oft waren wir enttäuscht worden. Trotzdem – der Tag mußte kommen.“

Zwischen März und Oktober 1972 lag eine ganze Reihe aufregender und teilweise sogar spannungsgeladener Momente im außenpolitischen Verhalten Indiens gegenüber der DDR: Im März erklärte Swaran Singh vor dem Parlament: „Wir sind glücklich, daß die DDR nach Indien und Bhutan das dritte Land war, das die Unabhängigkeit und Souveränität Bangladeshs anerkannt hat. Das zeigt die sehr freundschaftlichen Beziehungen, die zwischen uns und der DDR bestehen. Das wird ein starker Faktor sein,

der es uns ermöglicht, die Anerkennung auf der Ebene voller diplomatischer Beziehungen auszusprechen.“ Die an ihn gerichtete Frage, ob Indien warten wolle, bis sich die BRD entschließe, ihrerseits die DDR anzuerkennen, verneinte der Minister.

Ende September 1972 rief der erste Staatssekretär im indischen Außenministerium Herbert Fischer zu sich und teilte ihm mit, der Ministerrat Indiens habe beschlossen, diplomatische Beziehungen zur DDR aufzunehmen. Als besondere Freundschaftsgeste sei als Termin der 7. Oktober, der Nationalfeiertag der DDR, festgelegt worden. Die Mitarbeiter des DDR-Generalkonsulats bewerteten die Entscheidung für dieses Datum als ein sehr positives Signal.

Doch am Morgen des 6. Oktober wurde Herbert Fischer erneut vom ersten Staatssekretär darum gebeten, ihn möglichst sofort aufzusuchen. Er ließ den Leiter der DDR-Handelsvertretung wissen, BRD-Botschafter Diel habe erklärt, sein Land werde eine Anerkennung der DDR am 7. Oktober als „unfreundlichen Akt“ betrachten. Indien möge zunächst einmal den Abschluß der Verhandlungen zwischen beiden deutschen Staaten über einen Grundlagenvertrag abwarten.

Dies war jedoch der letzte Querschuß, den Bonn zur Verhinderung einer in Neu Delhi bereits getroffenen Entscheidung abfeuern konnte. Indiens Ministerrat ließ sich durch die Bonner Drohung nicht erpressen. Als Termin für den festlichen Akt wurde der 8. Oktober morgens 8 Uhr festgelegt. Auf Grund des Zeitunterschieds zwischen beiden Hauptstädten – er beträgt viereinhalb Stunden – wurde das Ereignis in Presse, Rundfunk und Fernsehen der DDR zwar noch am 8. Oktober gemeldet, die indischen Medien aber konnten erst am 9. Oktober darüber berichten. Dies geschah mit einer sehr wohlwollenden Kommentierung.

Am 31. Oktober 1972 erfolgte dann die feierliche Akkreditierung des Außerordentlichen und Bevollmächtigten DDR-Botschafters Herbert Fischer. Sie rückte den Vorgang ins Rampenlicht der Öffentlichkeit. Indiens Staatspräsident empfing den Missionschef in seinem Amtssitz zur Entgegennahme des Beglaubigungsschreibens. Auch für alle anwesenden



**Der DDR-Diplomat im vertrauten Gespräch mit dem indischen Staatspräsidenten V. V. Giri**



**Herbert Fischer und Mitarbeiter der DDR-Botschaft auf einem Freundschaftsmeeting bei Neu Delhi**



**Unser Autor und Indiens Außenminister Swaran Singh**

Mitarbeiter der DDR-Botschaft fand der oberste Repräsentant des indischen Staates herzliche Worte.

Bereits am Vorabend hatte die Freundschaftsgesellschaft Indien-DDR in Neu Delhis große Mavlankar-Halle zu einer festlichen Veranstaltung geladen, bei der die Würdigung der Freundschaft mit der DDR im Mittelpunkt stand. Als erster Redner ergriff dort Außenminister Swaran Singh das Wort. Er hob hervor, daß die politische und diplomatische Anerkennung sowie die damit verbundenen engeren Bande zwischen Indien und der DDR die Friedenskräfte in der Welt stärken und dem Kampf gegen den Kolonialismus neuen Auftrieb geben würden. Der Präsident der regierenden Kongreßpartei und der Generalsekretär der KP Indiens fanden warme Worte für jene solidarischen Deutschen, die Indiens nationale Befreiung – sie jährte sich übrigens am 15. August zum 65. Mal – von Beginn an unterstützt hatten. Sie wünschten der DDR als der Fortsetzerin dieser guten Traditionen zum beiderseitigen Nutzen neue Erfolge.

Als letzter Redner richtete Herbert Fischer herzliche Worte an alle Freunde der DDR in Indien. Besonders dankte er Außenminister Swaran Singh, der sein Versprechen wahrgemacht hatte, noch während seiner Amtszeit die politische Anerkennung der DDR zu vollziehen. Das sei auch die Erfüllung des Erbes von Mahatma Gandhi und Jawaharlal Nehru.

Der letzte DDR-Botschafter in Indien, Wolfgang Grabowski, hat später geschildert, wie er bei seinen Kontakten mit vielen indischen Bürgern die Persönlichkeit Herbert

Fischers kennen- und schätzengelernt habe: „Überall in Indien fragten mich die Leute: Wie geht es eigentlich Herbert Fischer? Dieser Mann war geradezu eine ‚Besonderheit‘ in den Beziehungen zwischen Indien und der DDR, hat er doch viele Jahre seines Lebens an der Seite Mahatma Gandhis, des Begründers und Führers der indischen Befreiungsbewegung, verbracht.“ Er sei „im ganzen Land bekannt wie kein zweiter Deutscher. Ihm standen in seinem Gastland alle Türen offen. Auf die Inder übte dieser hochgewachsene stattliche Mann, der gütig und bescheiden und dabei von umfassender Bildung und Kultur war, große Anziehungskraft aus.“

**Botschafter a. D. Prof. Dr. Rolf Sieber**